

NACHRICHTEN

Kost' nix

Zeitung der GRÜNEN Darmstadt

Extra

Nicaragua:

Krieg oder Frieden ?

Diese Frage ist auch nach dem Abschluß eines Waffenstillstandes am 19.4. noch nicht beantwortet. Zu oft schon haben die Contras ihrer Entwaffnung zugestimmt und immer wieder einen Vorwand gefunden, sie doch zu umgehen. Sie hatten nie das Wohl Nicaraguas im Auge, also warum sollten sie jetzt? Am Tag ihrer angekündigten Entwaffnung übergaben in Honduras einige hundert verwundete Contra-Kämpfer unbrauchbare Waffen, während das Gros der Contra nach Nicaragua einsickerte und ihre Führer die Auflösung des Sandinistischen Heeres als Vorbedingung für die eigene Entwaffnung forderten.

Sie befinden sich offensichtlich in dem Glauben, sie hätten die Wahl gewonnen und könnten jetzt Forderungen stellen. Ihre Absichten sind klar: Sie wollen, wenn überhaupt, den Krieg nur als Sieger beenden, sich ihre Beute persönlich und in Waffen abholen und so wie sie es schon immer getan haben, mit Mord und Terror an den Sandinisten Rache nehmen. Wenn die Sandinisten erst einmal die Regierungsgewalt übergeben haben, so glauben sie, werden sie sich mit der neuen UNO-Regierung, mit der sie ja vielfach verflochten sind, schon einigen können. Sie wollen mit an die Macht.

stützen kann, und das ist das Sandinistische Volksheer (EPS), und nicht auf bezahlte Killerbanden, selbst wenn sie zu diesen in der Vergangenheit die herzlichsten Kontakte gepflegt hat, dann ist noch lange nicht sicher, ob sie davon die ganze UNO überzeugen kann. Wenn nicht, wäre die UNO bereits an der ersten Zerreißprobe gescheitert.

Es steht auch nicht zu erwarten, daß alle Contras sich einer gemäßigten UNO-Regierung unterordnen, einige Gruppen werden auf jeden Fall als marodierende Banden durchs Land ziehen, sie werden versuchen, mit Morden an Sandinisten ihren Verbrechen eine politische Motivation zu geben. Violeta Chamorro als Präsidentin ist dann laut Verfassung dazu verpflichtet, dem EPS den Angriffsbefehl gegen diese Contras zu geben, denn die Verfassung gestattet nur eine bewaffnete Formation auf nicaraguanischem Boden, das EPS. Aber auch daran würde die UNO zerbrechen. Ein Trennungsstrich zwischen der UNO und der Contra ist also unausweichlich, je rascher desto besser. Aber wird die UNO über die nötige Einsicht hierzu verfügen? Wird sie das tun können, was die Sandinisten in den letzten Jahren unaufhörlich vorexerziert haben: über den eigenen Schatten springen zu können, Verträge einzuhalten, berechenbare Politik zu machen? Vor allem, wird sie das tun können, bevor Nicaragua in eines neues Blutbad getaucht wird?

„Wir sind dem Frieden sehr nahe. Aber auch dem Krieg“ sagte Daniel Ortega zum Waffenstillstand. Das wird wohl noch eine Weile so bleiben.

Keine freie Wahl

Wochenlang haben 2-3000 internationale Wahlbeobachter den Wahlkampf, die Vorbereitung und Durchführung der Wahl in Nicaragua kontrolliert und dem Land attestiert, daß diese Wahl so fair wie noch nie eine in Lateinamerika (und Nordamerika?) war. Aber war diese Wahl, die so vorbildlich war, auch eine freie Wahl? Konnten die Nicaraguaner sich wirklich frei entscheiden?

Nein, das konnten sie nicht. Angesichts einer Armee von 15 000 schwerbewaffneten Söldnern an der Grenze, die Gewehr bei Fuß standen, angesichts der unsäglichen Opfer und Entbehrungen von 10 Jahren Krieg war der „Ausweg“ zu deut-



Wollten die Sandinisten zu hoch hinaus?

Kommentar:

Nicaragua-Solidarität am Ende?

Viele fragen: kann es überhaupt noch weitergehen? Die Meinungen in den einzelnen Nica-Solidaritätsgruppen reichen von „ganz zurückziehen“ bis hin zu „jetzt erst recht“. Kontroverse Diskussionen und eine gewisse Ratlosigkeit bestimmen das Bild.

Geht es den Menschen jetzt besser als vor der Wahl? Sagen wir: Ihr habt falsch gewählt und seid deshalb unseres Engagements nicht mehr würdig? Sind wir einfach enttäuscht, daß das nicaraguanische Volk unsere Träume nicht wahrwerden ließ, die wir zuvor im eigenen Land schon nicht verwirklichen konnten? Nehmen wir's übel, daß „die Nicas“ mit dem Magen statt mit Idealismus abgestimmt haben?

Auch nach diesen demokratischsten Wahlen Lateinamerikas hat sich für die Bevölkerung erst mal gar nichts geändert; jetzt geht es darum, die positiven revolutionären Veränderungen der Vergangenheit zu sichern und sie fortzuführen, sei es im Gesundheitswesen, in der Bildungspolitik oder bei der Wasserversorgung. Wir können nicht vorhersehen, wie sich Nicaragua entwickeln wird, Mutmaßungen über die konkrete Politik der UNO-Regierung

wären bloße Spekulation, - wir müssen abwarten.

Abwarten heißt aber nicht Nichtstun: sinnvoll und notwendig wäre die Überprüfung unserer eigenen Motivation und unserer Ziele. Überlegungen können nicht aufgeschoben werden, ob und wie eine Weiterarbeit mit der neuen UNO-Administration oder zumindest neben ihr zu gestalten wäre. Gespräche mit VertreterInnen dieser demokratisch gewählten Regierung sollten möglich sein; die Aufgabe der Basispartnerschaften wäre durch nichts gerechtfertigt, solange das Regierungs-Handeln das nicht erzwingt. Im Gegen-

teil muß die Finanzierung laufender Projekte gesichert werden, soweit die Zielsetzung dieser Projekte nicht grundlegend geändert wird.

Mit der Weiterführung der Solidaritäts-Arbeit läßt sich auch Politik machen: wir haben zu lernen, daß Soli-Arbeit und Entwicklungspartnerschaft ein Arbeitsfeld sind, in dem man sich in Widersprüchen bewegt und sich immer wieder neu mit veränderten Rahmenbedingungen auseinandersetzen muß. Das nur gute revolutionäre Volk gibt es nicht, - jedes Volk besteht aus einzelnen Menschen, die von Idealen allein nicht leben können. Trixi Gaertner

Der Wahlkampf :

Vom Volksfest zum Volkstrauertag

In den Friedensverhandlungen von Tesoro hatte sich die sandinistische Regierung im Februar 1989 bereiterklärt, in Nicaragua binnen 1 Jahr vorgezogene freie und vom Ausland (außer den USA) kontrollierte Wahlen durchzuführen. Im Gegenzug wurde die definitive sofortige Entwaffnung und Auflösung der Contra beschlossen. Nicaragua war am Nullpunkt angekommen, wirtschaftlich und kräftemäßig.

Der Krieg sollte um fast jeden Preis (außer dem der Kapitulation) beendet werden. Die Sandinisten hofften so von der kriegerischen zu einer politischen Auseinandersetzung kommen zu können, die dem Volk den immensen Blutzoll ersparen würde und helfen würde, die Wirtschaft des Landes wieder in Gang zu bringen. Diese Hoffnung wurde enttäuscht: Die USA lockerten den Wirtschaftsboykott nicht und die Contra stellte

ihre Überfälle niemals ein. Die Regierung schaffte dennoch die Voraussetzungen zur Durchführung der Wahl: Ein Oberster Wahlrat (Consejo Supremo Electoral) wurde gebildet, paritätisch besetzt mit Vertretern der Regierung und der Opposition, der Vorsitzende war eine unabhängige, von beiden Seiten zu akzeptierende Persönlichkeit, Dr. Mariano Fiallos.

Von diesem Zeitpunkt an, etwa vor einem Jahr, begann der Wahlkampf. Jeder weitere Schritt zur Vorbereitung der Wahl wurde zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Die Opposition forderte, daß die Armee nicht mitwählen dürfe, daß Präsident Ortega sich nicht zur Wiederwahl stellen dürfe etc.

Die Regierung beschloss ein Wahlgesetz, wonach die Parteien keine

Fortsetzung Seite 4



Der Contra-Terror machte auch vor Kindern nicht halt

Der Waffenstillstandsvertrag läßt ihnen dazu bis Juni Zeit.

Die Sandinisten sehen diese reale Bedrohung, hatten aber eine Woche vor Regierungsübergabe keine Verhandlungsposition mehr, die es ihnen erlaubt hätte, mehr herauszuholen. Sie antworteten darauf mit der weiteren Volksbewaffnung. Logisch: Wenn die Regierung das Volk nicht mehr schützen kann, muß es das selbst übernehmen.

Ob die neue UNO-Regierung das Volk vor den Contras überhaupt schützen will, ist fraglich. Offenbar ist den führenden UNO-Politikern nicht klar, daß ein Weiterbestehen der Contra als Machtfaktor auch eine Entmachtung der UNO-Regierung bedeuten würde, ganz abgesehen davon, daß die UNO so nicht einmal ihr minimalstes Wahlversprechen, nämlich den Krieg zu beenden, einhalten könnte. Auch wenn Violeta Chamorro als Vertreterin der gemäßigten Kräfte erkennen sollte, daß sie ihre legale Regierung nur auf die verfassungsmäßigen Streitkräfte

Trixi Gaertner, Stadtverordnete der GRÜNEN und Reiner Schöpka (Verein Sandino-Partnerschaft) haben die Wahl in Nicaragua beobachtet und berichten in dieser Ausgabe über die neue Situation im Land und insbesondere in Ciudad Sandino

Der Wahlkampf wird zur Inszenierung der Wiederholung des Aufstandes von 1979. So wie damals die siegreiche Guerrillaarmee vom Norden und Süden her auf die Hauptstadt zumarschiert war, werden jetzt Massenkundgebungen veranstaltet, die das Bild einer gigantischen, stetig anschwellenden Massenbewegung suggerieren, die am Ende über Managua hereinbrechen wird und die UNO unter sich begraben wird. Und in der Tat: Nachdem die FSLN in Chinandega 100 000, in Masaya 150 000 und in Leon 200 000 Kundgebungsteilnehmer mobilisiert hat, sind es am 21.2. in Managua dann eine halbe Million. Noch weiß niemand, daß das auch fast alle Nicaraguaner sind, die wenige Tage später die FSLN wählen werden. Die Begeisterung ist zu groß, der Stolz und die Freude über den kommenden Sieg zu wohlverdient, die Anzeichen zu eindeutig, um noch mit kühlem Kopf sehen zu können, daß die Wahl nicht auf der Straße entschieden wird, so wie es das Konzept der FSLN war, sondern in einer einsamen Wahlkabine, in der jeder sich selbst überlassen ist.

Die Menschen sind mit der FSLN auf die Straße gegangen, um für den Frieden zu demonstrieren, aber in ihrem Unterbewußtsein saß die Angst, daß die USA den Krieg nicht einstellen würden, wenn die Sandinisten weiterregierten. Die Leute haben Daniel Ortega zugehört und zugelächelt als er unumwunden zugab, daß die wirtschaftliche Situation des Landes und die Lebensverhältnisse der Arbeiter und Bauern beschissen sind, aber daß die Nicaraguaner ihre Souveränität und ihr Bewußtsein nicht für eine Handvoll Dollar verkaufen würden. Aber ganz tief unten haben sich doch viele gedacht: Etwas besser könnte es uns schon gehen.

Die UNO war auf den Straßen weit weniger präsent, hat weit weniger Menschen zu ihren Kundgebungen mobilisieren können als die FSLN (in Ciudad Sandino z.B. kamen zur Abschlußkundgebung der UNO etwa 800 Leute, obwohl Violeta Chamorro angekündigt war; um Tomas Borge von der Frente zu hören, kamen immerhin gut 10 000). Aber die UNO hat allein durch ihre Existenz die Möglichkeit eines Wechsels bedeutet. Darauf war ihre Propaganda strikt ausgerichtet: UNO si puede cambiar, war ihr Hauptlogan, ein Wortspiel: Die UNO schafft die Wende, oder: Man kann etwas ändern. Und wer von den Nicaraguanern wollte nicht einiges ändern?

Die FSLN hat versucht, getreu der Devise, daß man Themen besetzen muß, wenn man gewählt werden will, sich nicht auf die Verteidigung des Bestehenden zu konzentrieren, sondern ebenfalls den Wunsch nach Verbesserung Ausdruck zu geben. "Todo será mejor! - Alles wird besser", so ihre genauso griffige wie subversive Formel, denn bei weitem nicht jedem war zu erklären, warum es denn nicht schon in der Vergangenheit besser geworden war.

Die heiße Phase im Wahlkampf

Gewählt wurde am 25. Februar, Karnevalsonntag. Und die Wahlkampagne in den letzten Wochen davor hätte es an Buntheit und Farbenpracht mit jeder Karnevalssaison zwischen Rio und Mainz locker aufnehmen können. Straßen und Häuser waren bemalt in den Farben der Parteien, Rot-Schwarz für die FSLN, Blau-Weiß für die UNO, und auch Grüne gab es - das waren die Konservativen. Die FSLN mobilisiert unablässig die Massen.

In Nicaragua leben, entgegen einer bislang in der Solidaritätsbewegung landläufig verbreiteten Meinung, nicht nur politisch gebildete Menschen, sondern auch hier gibt es viele Anhänger einfacher Wahrheiten, und denen kam der Slogan der UNO: "Tuvieron 10 años y no pudieron - Sie hatten 10 Jahre Zeit und haben nichts zustandegebracht" eben überzeugender vor, denn trotz des unermühten Kampfes der Regierung und der sandinistischen Massenorganisationen, und trotz aller internationalen Solidarität hatte sich die wirtschaftliche Situation der Nicaraguaner in den letzten Jahren kontinuierlich verschlechtert.

mit Musik (das Wort "Berieselung" würde der Lautstärke wirklich nicht gerecht), die peppigen Werbespots - all das war sehr inhaltsleer.

Aber es gab nicht nur den Wahlkampf der Floskeln. Es gab auch jeden Abend zur besten Sendezeit 1 Stunde Fernsehdiskussion zwischen Journalisten und Vertretern der Parteien, wo eine neue, zivilere Form des Miteinanders zumindestens zeitweise geübt wurde.

Und es gab die unzähligen politischen Debatten, auf der Straße, am Arbeitsplatz, in der Kneipe, wo die Menschen mit wachem Verstand und heißem Herz-

begnadigt und aus dem Gefängnis entlassen. Für die Sandinistische Regierung war dies ein Zeichen guten Willens, ein Zeichen, daß man den nationalen Dialog sucht und die Aussöhnung. Für unzählige Menschen bedeutete dies, daß sie in Zukunft auf der Straße, beim Einkaufen ihrem ehemaligen Folterer, dem Mörder ihrer Verwandten begegnen konnten. Keine einfache Vorstellung, wenn man bedenkt, daß der Aufstand gegen Somoza und der Krieg gegen die Contra in fast jeder nicaraguanischen Familie Opfer gefordert hat.

Aschermittwoch war Montags

Die ersten Ergebnisse wurden um 2 Uhr Nachts bekanntgegeben: Die UNO hatte 51,5%, die FSLN 44,5% der Stimmen. Ausgezählt waren bis dahin 15% der Stimmen und 5% der Wahllokale. Das war schon eine faustdicke Überraschung, aber das Bild konnte sich ja noch ändern. Die ganze Nation hing vor den Radios oder Fernsehern, bis in die späten Vormittagsstunden. Das Ergebnis änderte sich nicht mehr wesentlich und Nicaragua schien an diesem Tag nicht mehr aufwachen zu wollen. Volkstrauertagsstimmung. Managua war den ganzen Tag über menschenleer. Eigentlich war der Montag zum Sonntag erklärt worden, weil die Leute ja Sonntags nicht feiern konnten wie gewohnt, sondern "Gemeinschaftsarbeit" verrichten mußten: Schlängestehen, Stimmen auszählen etc. Aber es war niemand auf der Straße, der sich gefreut hätte. Und nach dem Wahlergebnis hätten ja über die Hälfte der Nicaraguaner allen Grund zum Feiern, denn die von ihnen gewählte Partei hatte gewonnen. Stattdessen: kollektive Scham einer ganzen Stadt, wie wenn die Menschen sagen wollten: das haben wir so nicht gewollt. Aber warum haben sie es dann getan?

Ursachen der Niederlage der FSLN

Zumindestens einen taktischen Fehler hat die FSLN in der Endphase des Wahlkampfes gemacht: Sie ist ihrer eigenen Siegeszuversicht aufgefressen und hat geglaubt, das Rennen sei schon gelaufen, fraglich sei nur noch die Höhe des Sieges. Symptomatisch hierfür 3 Tage vor der Wahl die Bildunterschrift in der FSLN-freundlichen Zeitung "EL NUEVO DIARIO": "Wozu noch wählen?"



Frisch eingekleidet geht's zur Demo. Die FSLN hat den Wahlkampf auch als Materialschlacht geführt und dabei voll den Geschmack der Nicaraguaner getroffen: Mütze, T-shirt, Halstuch und Fahne gehörten zur Grundausrüstung und wurden hundertenfach verteilt.

Die FSLN hat zwar versucht, ihre Versprechen materiell zu unterfüttern (in Managua z.B. wurde in den letzten 2 Monaten vor der Wahl die Hälfte des Jahreshaushalts ausgegeben für die verschiedensten Baumaßnahmen), aber das konnte diese tiefe Langzeiterfahrung auch nicht mehr korrigieren.

Der Klamauk auf der Straße, die Reden auf den Kundgebungen, zu denen obligatorisch Tombolas, Tanzwettbewerbe oder das beliebte Dauer-Wettküssen gehörten, die ständige Beschallung

en debattiert haben, in einem Maß, wie es bei uns unvorstellbar wäre. Es gab nie eine Stimmung wie "Welche Nullen kreuze ich denn diesmal an?" Kein Wunder: die Menschen haben keine abgehobene Parteipolitik kommentiert, nicht etwas, was in jedem Fall gegen sie ausgehen wird, sondern ihr eigenes Leben, das viel mehr in der Politik eingebunden ist als unseres und vor allem: mit viel höherem Einsatz. Ein Beispiel: 2 Wochen vor der Wahl wurden mehrere hundert ehemalige Nationalgardisten Somozas

Die Nicaraguaner haben bereits mit den Füßen abgestimmt" Das Bild zeigte die imposante Kundgebung der FSLN am 21.2. in Managua. Die FSLN hat die Stimmung auf ihren Kundgebungen mit der Stimmung im Volk verwechselt. Man ging wohl davon aus, daß die vielleicht 1,5 Millionen Menschen, die insgesamt an Kundgebungen der FSLN teilgenommen hatten, vielleicht alles Wähler seien. Unterstützt wurde sie in diesem Irrtum von dem gleichzeitig tobenden Kampf der Meinungsumfragen, etwas für Nicaragua vollkommen neuem. 50% Frente, 30% UNO und ca 20% Unentschlossene wurden unisono von diversen ausländischen Meinungsforschern vorhergesagt. Die Frente hat nicht realisiert, daß sich hinter diesen "Unentschlossenen" sehr wohl Leute verbergen konnten, die durchaus entschlossen waren gegen die FSLN zu stimmen, dies aber nicht zu sagen. Vielleicht waren sie auch wirklich noch vor der Wahl unentschlossen und haben sich erst in der Wahlkabine dazu entschlossen, die Frente mit einem "Voto de castigo", einer Protestwahl zu bestrafen. Offene kleine Rechnungen, für die man dem anderen schon mal ein Bein stellen kann, hat in Nicaragua fast jeder mit jedem. Sie sind oft nicht so groß, daß man darüber reden und Streit suchen müßte, aber so eine heimliche Stimmabgabe, wenn's keiner merkt, das bietet sich doch für sowas an. Vor allem, wo doch der Wahlsieg der FSLN ja gar nicht in Gefahr zu sein schien, wo es also auch keine allzu großen Folgen haben konnte.

Die FSLN hat das politische Bewußtsein und die Opferbereitschaft der Menschen überschätzt, hat die Bewußtheit und Entschlossenheit ihrer Anhänger fälschlicherweise auf das ganze Volk extrapoliert, hat vergessen, daß die Mehrheit der Nicaraguaner von einfachen Grundgefühlen regiert wird wie: Sehnsucht nach Frieden, Hunger aber auch Neid und Mißgunst. Sie hat ihren eigenen Einfluß überschätzt, vielleicht auch eigene Fehler nicht wahrgenommen und nicht ernsthaft mit der Möglichkeit gerechnet, daß es der UNO gelingen könnte, heimlich die heimlichen Wünsche der Mehrheit zu mobilisieren: den Wunsch nach Frieden um jeden Preis und den Wunsch nach Erholung und besserem Leben.

Nicht daß die FSLN das nicht auch versprochen hätte. Die Entwaffnung der Contra war ja schon längst beschlossene Sache, die FSLN-Regierung hatte in den letzten zwei Jahren alles bis zur Selbstverleugnung mögliche getan, um den Krieg zu beenden. Aber die Nicaraguaner wußten, daß das alles nichts hilft, wenn die Gegenseite nicht mitspielt. Und vielleicht hatte die grausame Invasion der USA in Panama noch ein Übriges getan, um den Leuten das Begehen des scheinbar "sichereren" Weges nahezu legen - dem Einlenken gegenüber dem mächtigeren Gegner.

Zum Wahlergebnis:

In 4 392 Wahllokalen haben 1 510 838 Menschen gewählt. In die Wählerlisten eingeschrieben hatten sich 1 752 088 Wähler, d.h., daß 241 250 Nicaraguaner nicht gewählt haben, das entspricht 13,76%. Als ungültig wurden ca. 90 000 Stimmen erklärt, das entspricht 6%.

Die hier aufgeführten Zahlen in der jeweils ersten Zeile sind die Stimmen der Präsidentschaftswahl, die Zahl in der zweiten Zeile sind die erhaltenen Sitze in der Nationalversammlung, die auf einem extra Stimmzettel gewählt wurde. Die Stimmen dieser beiden Wahlen sind weitgehend identisch, bis auf eine Ausnahme: In der Region 7 (Atlantikküste Nord) haben ca. 10 000 Miskito-Indianer nach Absprache ihrer Organisationen mit der PSC und der UNO mit ihrer "Erststimme" Violeta Barrios und mit der "Zweitstimme" PSC gewählt und somit einen Kandidaten der Miskitos ins Parlament bekommen.

Darüberhinaus wurden in einer dritten Wahl "Consejos Municipales" gewählt, Kommunalparlamente. In 38 von 161 Gemeinden konnte sich die FSLN durchsetzen, darunter in Leon und Estelí, Managua, und damit Ciudad Sandino, ging aber genau wie Granada oder Masaya an die UNO.

	UNO	PSOC	PLIUN	PRT	FSLN	MAP-ML	PSC	PUCA	PCDN	MUR
Reg. 1	66 661 4	562	352	695	66 960 5	916	811	528	403	1 786
Reg. 2	126 386 8	925	728	1 674	105 176 6	1 329	1 190	779	592	2 256
Reg. 3	209 527 14	1 157	541	3 396	166 438 11	1 126	2 373	1 120	984	2 662
Reg. 4	135 117 8	926	412	1 289	110 090 6	1 181	986	772	721	2 537
Reg. 5	97 911 8	761	317	389	35 081 2	866	690	551	654	2 267
Reg. 6	105 020 7	1 180	653	925	65 499 4	2 003	1 310	928	800	3 172
Reg. 7	19 253 1	119	73	119	15 044 1	441	3 365	155	175	1 201
Reg. 8	13 040 1	150	44	75	7 256 1	145	362	105	92	257
Reg. 9	4637	63	31	28	6 709 1	108	49	73	79	152
Total Sitze	777 552 51	5 798	3 151	8 590	579 886 39	8 115	11 136	5 065	4 500	16 751 1
Prozent	54,7%	0,4%	0,2%	0,6%	40,8%	0,6%	0,7%	0,3%	0,3%	1,1%
Ciudad Managua Sitze	11 501 169 576 16	1 013	582	3 895	8 851 145 190 4	1 030	2 036	1 179	804	2 021

Nach der Wahl:

Zwischen Großer Koalition und Bürgerkrieg ?

Zwei Tage nach der Wahl, Managua war immer noch wie betäubt, traf sich die nationale Leitung der FSLN und Daniel Ortega sprach danach zu etwa 50 000 Versammelten Anhängern. Und als ob diese Partei nicht eben erst eine in unseren Augen vernichtende Niederlage erlitten hätte, tanzten und jubelten die Menschen - wie vor der Wahl. Das war wohl ihre Art, die Spannung loszuwerden. Auf unsere Fragen, was sie denn jetzt tun würden, jetzt wo alles verloren war, antworteten sie mit einer uns gespenstisch anmutenden Selbstsicherheit, man müsse jetzt halt weiter kämpfen, aber die UNO hätte nur die Wahl gewonnen, das seien Zettel aus Papier, das Volk dagegen habe ja noch die Waffen, und die würden sie niemals mehr abgeben. Eine für unsere Ohren abenteuerliche Vorstellung. Aber dann sprach Daniel Ortega und er sagte etwa dasselbe, nur in staatsmännischeren

Und die Macht des Volkes, das ist nicht etwa die Anmassung selbsternannter Revolutionshüter, sondern die Macht des Volkes basiert auf legalen Institutionen, die Verfassungsrang haben und somit im politischen Tagesgeschäft nicht zur Disposition stehen.

Dazu gehören vor allem die Armee und die Polizei, die laut Verfassung die Aufgabe haben, das Nicara-

so verfügen diese nicht mehr unbedingt über die erforderliche Kompetenz, um diesen neuen Staat in dieser schwierigen Situation regieren zu können. Die Hoffnung, daß der eine oder die andere FSLN-PolitikerIn mehr an seinem Posten klebt als an der Ideologie der Partei und sich der UNO zur Verfügung stellen könnte, kann ebenfalls nicht verdecken, daß die Hauptkraft, die den Staat Nicara-

zas Zeiten ihren Frieden mit der Diktatur gemacht hatten, bspw. Miriam Argüello, ehemals Somozas Botschafterin bei den Vereinten Nationen und später Contra-Führerin. Contra-Führer sind eine weitere starke Gruppe innerhalb der UNO, z.B. Alfonso Robelo, Alfredo César. Zu allen Fragen gibt es nicht nur unterschiedliche, sondern direkt gegensätzliche Standpunkte: Die ehemali-

Barrios und ihr Führungsteam dafür.

Setzen sich die gemäßigten Teile der UNO durch, die sogenannten "Modernisierer", die sich den Anschein geben, als wollten sie nichts weiter als eine pluralistische, unabhängige Demokratie, in der sie ungestört ihren Geschäften nachgehen können, so kann dieser Regierungswechsel vielleicht auch bisher ungeahnte konstruktive Formen der Zusammenarbeit hervorbringen, die Nicaragua vom Druck paralysierender Konfrontationen befreien könnten. Die Möglichkeit dazu ist allerdings nur mit dem Ende des Krieges gegeben.

Es gibt Anzeichen für Beides. Die FSLN nimmt eine äußerst konstruktive Haltung ein (siehe Kasten), wachsam, aber konzilient. Sie verschließt sich einer Mitarbeit beim Aufbau des Landes nicht, ist aber entschlossen, alle Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. In der ihr verbliebenen Zeit zwischen Wahl und Regierungsübergabe am 25. April versuchte sie, in Verhandlungen mit der UNO die Bedingungen für eine ordnungsgemäße Übergabe der Regierungsmacht abzusprechen. Dieses Klima der Verhandlungen ist wohlthuend und die UNO hat schon signalisiert, daß sie z.B. die von der FSLN-Regierung verteilten Ländereien und Grundstücke an Bauern und Stadtbewohner respektieren wird.

Ciudad Sandino z.B. steht zu drei Vierteln auf Land, das dem ehemaligen Somoza-General Julio Blandon gehörte. Dessen Rückkehr wird erwartet. Die UNO-Regierung wird sich also entscheiden müssen, ob sie dann mit Taten die durch die Revolution geschaffenen Fakten anerkennen wird oder eher die Ansprüche der Konterrevolutionäre. Diese Entscheidung steht für alle Lebensbereiche an: im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und vor allem da, wo es ums nackte Überleben geht: bei der Frage, ob die sandinistische Polizei und das sandinistische Heer unangetastet bleiben und die Bevölkerung damit einen wirksamen Schutz vor Willkür behält, oder ob es der Regierung gelingt, diese Bereiche so zu schwächen, daß eventuell neu entstehende Todesschwadronen (bspw. aus ehemaligen Contra-Kämpfern) auch in Nicaragua wieder Angst und Schrecken verbreiten, so wie in den Nachbarländern.

Die Bevölkerung hat natürlich jetzt schon Angst. Vereinzelt ist es schon zu Übergriffen gegen FSLN-Repräsentanten gekommen, auch in den Städten. Notgedrungen bereitet man sich auf die beiden Optionen vor: Krieg oder Frieden.

Es ist wirklich alles offen. Und: Die Solidarität mit dem nicaraguanischen Volk ist nötiger denn je.



So heiß der Wahlkampf auch war, so ruhig verlief der Wahltag. Das Bild zeigt die Wählerschlange vor dem Jugendzentrum in Ciudad Sandino.

guanische Volk vor Angriffen von außen und den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung im Innern zu schützen.

Regieren von unten

Es gibt also gute Gründe für das starke Selbstbewußtsein der FSLN:

- sie ist die mit Abstand stärkste Partei, nicht nur die größte, sondern auch die homogenste,
- sie hat die höchste Mobilisierungsfähigkeit,
- sie kann sich in ihrem Kampf auf die Erhaltung der Legalität konzentrieren, auf die Einhaltung der Verfassung, die zu ändern die UNO-Regierung nicht in der Lage ist.

Die neue Regierung kann also nicht uneingeschränkt gegen die FSLN regieren, sondern ist gezwungen, zu wirklich weitgreifenden Veränderungen das Einverständnis der FSLN zu erlangen. Die Definition der FSLN-Politik der Zukunft als "regieren von unten" ist also keine Konstruktion um den Machtverlust zu verschleiern, sondern ergibt sich aus der konstitutionellen Situation nach der Wahl.

Eine weitere Stärke der FSLN ist die Schwäche der UNO. Das Mandat, das die UNO errungen hat, oder besser: die Mandate, die sie gewonnen haben, übersteigen bei weitem ihre vorhandenen Kräfte. Bereits wenige Tage nach der Wahl vermeldeten die ersten neugewählten Mandatsträger der UNO, daß sie nicht daran denken würden, ihre Ämter anzutreten. Sie hätten aus Opposition zur Frente kandidiert, aber nie damit gerechnet, wirklich zu gewinnen. Selbst wenn die UNO Zulauf erhält aus den Reihen der vielen ehemals ausgewanderten Mittelschichtnicaraguaner, unter denen viele Techniker und auch Beamte waren,

qua in den letzten 10 Jahren am Leben erhalten hat, der Enthusiasmus der Menschen, die Mobilisierung von Massen für gemeinsame Ziele, als da waren: Alphabetisierung, Verteidigung, Gesundheitskampagnen....., daß diese Kraft nach wie vor nur mit Hilfe der FSLN geweckt werden kann. Das liegt an der unterschiedlichen Ideologie der beiden Gruppierungen: Während die FSLN von einer sozialen Grundeinstellung, gespeist aus sozialistischen und christlichen Quellen, durchdrungen ist, repräsentiert die UNO doch mehr individualistischen Neo-Liberalismus, mit dem eben doch nur ein kleiner Teil der Bevölkerung besser fährt.

Das Gebilde der UNO selbst ist dafür schon Beleg genug: Die 14 Parteien und Gruppen repräsentieren zum Teil weit divergierende soziale Interessen, gemeinsam war ihnen in der Vergangenheit oft nur, für ihre Klientel, für ihre Funktionäre möglichst viel vom verteilbaren Kuchen zu reservieren. Solange es dabei nur um die Millionen Dollars US-Hilfe an die Contras und die UNO ging, oder wie im Falle des gewählten Vize-Präsidenten Virgilio Godoy um einige Millionen, die er sich von der Konrad-Adenauer-Stiftung zuwenden ließ, konnte das den Nicaraguanern ja noch relativ egal sein. Wenn aber in Zukunft diejenigen Kräfte, die Politik im Wesentlichen als Mittel der eigenen Bereicherung verstehen, auch im Staat schalten und walten können, dann wird das direkt in die soziale Konfrontation und möglicherweise in einen Bürgerkrieg führen.

Es wird also sehr vieles, wenn nicht gar alles davon abhängen, wer sich innerhalb der UNO durchsetzen kann. Die traditionellen Wortführer der UNO waren zum Teil Führer alter Parteien, die bereits zu Somo-

gen Contra-Führer in der UNO bspw. haben sich gegen eine Entwaffnung der Contras vor dem Regierungswechsel ausgesprochen, Violeta

Was ist die UNO und was will sie?

Die Union Nacional Opositora, die Nationale Oppositionsunion, wurde, wie der Name sagt, zum Zwecke der Opposition gegen die Sandinisten eigens für diese Wahl gegründet. Der Kern der 14 Gruppen und Parteien war bereits früher in der Coordinadora Democratica Nicaragüense (CDN) verbunden, von der sich aber in der Zwischenzeit wieder einzelne Parteien getrennt hatten. Die Parteien sind vielfach aus internen Spaltungen hervorgegangen, was man auch an den Namen schon ablesen kann.

Die UNO besteht aus folgenden Organisationen: die Nationale Konservative Partei (PNC), die Partei der Konservativen Volksallianz (PAPC), die Nationale Konservative Allianz (PANCA), die Sozialdemokratische Partei (PSD), die Demokratische Bewegung Nicaraguas (MDN), die Unabhängige Liberale Partei (PLI), die Konstitutionalistische Liberale Partei (PLC), die Neo-Liberale Partei (PALI), die Demokratische Partei des Nationalen Vertrauens (PDC), die Partei der Nationalen Aktion (PAN), die Partei für die Integration Zentralamerikas (PIAC), die Sozialistische Partei Nicaraguas (PSN), die Kommunistische Partei Nicaraguas (PCdeN) und dem Unternahmerverband (COSEP).

Das gleiche Spektrum ähnlicher Parteien mit ähnlichen Namen existiert nochmals außerhalb der UNO. Die Namen darf man nicht mit hiesigen Begriffen füllen: der Sozialdemokratischen Partei, deren Präsident der ehemalige Contra-Führer Alfredo César ist, wurde z.B. erst vor Kurzem die Aufnahme als Mitglied in die Sozialistische Internationale verweigert, weil ihre Zielsetzung eben alles andere als sozialdemokratisch ist.

Auch wenn keine verlässliche Aussage darüber möglich ist, inwieweit die UNO sich als Regierungspartei an ihr Wahlprogramm erinnern wird, auch nicht darüber, inwieweit dies überhaupt von ihr erwartet wird, wollen wir einige Passagen daraus zitieren.

In dem Programm wird weitgehend das Blaue vom Himmel herunterversprochen, konkrete Festlegungen sucht man vergebens, Gegenstand von Auseinandersetzungen dürften vor allem die folgenden Artikel werden:

1. Bauern:

Den Bauern wird legitimer Grundbesitz in folgenden Formeln garantiert:

a: diejenigen, die Kraft der sandinistischen Landreform Benutzungstitel erhielten, erhalten Eigentumstitel.

b: im Falle derer, die Land besetzt haben, wird die Landreform angewendet, vorbehaltlich eines Rechtsurteils und der Rechte der betroffenen Vorbesitzer. ...

2. Demobilisierte Soldaten:

Die entlassenen Soldaten des EPS (Sandinistisches Volksheer) und der Contra erhalten die Möglichkeit, sich dem Studium oder der Produktion zu widmen. Zu diesem Zweck garantieren wir:

- Jugendlichen im Schulalter Studienmöglichkeiten
- Erwachsenen Bürgern stabile Beschäftigung
- Bauern bebaubares Land und finan-

zielle Mittel, um es zu kultivieren, - allen die notwendigen Hilfen, um sich wieder einzuleben. ...

3. Jugend:

Der Militärdienst wird sofort abgeschafft. ...

Wirtschaft:

Die Landreform wird so zu Ende geführt, daß Mißbrauch, Beschränkungen und teilweise Deformationen, die das sandinistische Regime eingeführt hat, korrigiert werden. ...

Die Konfiskationen, die Kraft des Dekrets Nr.3 ergangen sind, werden erhalten, wenn nötig werden sie revidiert. ... Wenn private Eigentümer durch Enteignung oder Landbesetzung ohne gesetzliche Grundlage oder durch Gesetze, die gegen die Menschenrechte verstoßen, betroffen sind, so können diese auf Antrag der Geschädigten revidiert werden, damit sie Ersatz, oder wo dieser nicht möglich ist, Ausgleich erhalten. ...

Einführung eines neuen Gesetzes über ausländische Investitionen, das in Übereinstimmung mit dem Entwicklungsstand Nicaraguas steht. ...

Soziales:

Aktualisierung des Arbeitsrechts in Übereinstimmung mit den Forderungen der UNO für die Arbeiter und mit den demokratischen Transformationen, die weltweit stattfinden. ...

Abschaffung des Einheits-Gesundheits-Systems, um ein Nationales System zu schaffen, wissenschaftlich organisiert, in dem die Sozialversicherung autonom ist. Bau neuer Krankenhäuser, Gesundheitszentren und Kinderbeobachtungsstationen; Wiedergutmachung der Verschlechterung durch die jetzige Verwaltung; Unterstützung beim Aufbau privater Kliniken und Hospitäler, Verbesserung des wissenschaftlichen Niveaus der medizinischen Berufe. ... (eig. Übers.)

Abschied von der Traumsituation

Wie konnte es dazu kommen, daß in Nicaragua ausgerechnet die FSLN-Regierung abgewählt wurde, die doch seit der Revolution weithin mit dem nicaraguanischen Volk, seinen Wünschen und Interessen gleichgesetzt wurde? Und wie wird sich die Niederlage der Sandinisten auf das Selbstverständnis und die konkrete Projekt-Arbeit der Solidaritäts-Bewegung auswirken? Unter anderem darüber sprach Michael Will mit Trixi Gaertner und Reiner Schöpka, die den Wahlkampf und die Wahl selber in Ciudad Sandino miterlebt haben.

Wahl verloren, alles aus?

RS: Die erste Empfindung war: jetzt hat die Contra gewonnen und die Revolution verloren. Es hat ein paar Tage gedauert, bis sich das geklärt hat und wir zu der Einsicht gekommen sind, daß dieses Ergebnis nicht gleich alle Errungenschaften der Revolution würde beseitigen können.

Welche Errungenschaften?

RS: Die Leute haben Angst, daß ihnen das Land, das sie nach der Revolution bekommen haben, abgenommen wird. Und sie haben Angst, daß das System der Gesundheitsstationen zusammengestrichen und daß die Schulbildung wieder zur Eliteangelegenheit wird. Aber alles wird beherrscht von der Angst um die persönliche Sicherheit: Angesichts der Praxis in den Nachbarländern von Guatemala bis El Salvador, in denen der staatliche Repressionsapparat tun und lassen kann was er will, nur zu verständlich.

Es ist doch paradox, daß die Bevölkerung einerseits um die Errungenschaften der Revolution bangt, andererseits aber gerade erst mit einer profunden Mehrheit die revolutionäre Regierung abgewählt hat. Die Sandinisten haben Fehler gemacht, sonst hätten sie die Wahl nicht verloren. Haben sie sich nicht teilweise auch die falschen Ziele gesetzt?

RS: Keine Frage: es ist nicht alles makellos gewesen, was die Revolution in den vergangenen Jahren hervorgebracht hat. Die Ansprüche reichten zwar sehr weit, zum Beispiel im Gesundheitswesen, aber die Mittel, das auch wirklich einzulösen, waren doch vielfach sehr begrenzt, im Finanziellen wie im Personellen und Menschlichen. Hochfliegenden Plänen entsprach nicht selten die absolute Unfähigkeit, sie umzusetzen. Dazu kommt der entscheidende taktische Fehler, erst die undifferenzierte Gleichsetzung von UNO und der Nationalgarde Somozas zu betreiben, dann aber den Leuten im entscheidenden Augenblick hundertprozentige Siegeszuversicht zu suggerieren. So vermittelt man kein Bewußtsein von Gefahr: die anderen sind unsere Todfeinde, aber wir haben sie prima im Griff.

Steht das Wahlergebnis in Nicaragua nicht auch für das Scheitern sozialistischer Entwicklungsmodelle in Mittel- und Südamerika?

TG: Zunächst mal steht der UNO-Wahlsieg dafür, daß die Wirtschaftssanktionen der USA und die US-Geldmittel für die Contras gewirkt haben. Mit dem Scheitern eines wie immer betitelten Modells hat das erst mal nichts zu tun. Die Leute haben gehofft, nach der Wahl einer den USA genehmen Regierung würde sich der Wiederaufbau beschleunigen, gäbe es wieder mehr zu essen und bessere Wohnmöglichkeiten. Und schließlich hat die UNO versprochen:

wenn Ihr uns wählt, gibt's keinen Krieg mehr - und dabei indirekt gedroht: wenn nicht, dann geht der Krieg weiter. Das war für Viele eine ziemlich einfache Entscheidung.

RS: Die Sandinisten hatten nie eine ernsthafte Chance, ihr Modell Modell zu verwirklichen, und irgendwie hatten's die Leute satt, ewig auf der Baustelle zu leben. Sandinismus ist von der Idee her ein eher sozialdemokratischer Ansatz mit stark religiösen Hintergründen, - ein Konglomerat aus Urchristentum und Sozialismus. Schon von daher ist die Resistenz gegen die stalinistische Variante sehr stark, den's ja zum Beispiel in Kuba durchaus gibt. Die FSLN ist als Guerilla-Bewegung unter Bedingungen entstanden, die Demokratie, Offenheit und Pluralismus behindert haben. Die Wahlniederlage bietet ihr von daher die Chan-

der neuen Regierung angestrebt, wird sie ausgeschlossen oder nimmt man sie in Kauf? Man hat gelegentlich den Eindruck, daß das eine Art Self-Fulfilling Prophecy ist: gar nicht erst ausprobieren zu wollen, wovon man schon jetzt verkündet, daß es scheitern muß.

TG: Man sollte sich an dem orientieren, was die Sandinisten selber sagen: Projekte, die ihnen sinnvoll erscheinen, werden sie im Parlament unterstützen. Opposition nicht um ihrer selbst willen, sondern Politik für die Leute. Wie weit Projekte weiterexistieren können, ist jetzt noch völlig unklar, ebenso, wie weit wir auf die UNO-Verwaltungsstrukturen angewiesen sein werden. Und ob ein Management über eine FSLN-eigene Stiftung funktioniert, steht auch in den Sternen.



ce, ihre Guerilla-Mentalität abzulegen und offener zu werden. Die FSLN ist eine straff geführte Kaderpartei mit wenigen Mitgliedern, die jetzt ankündigt, sich zur Massenpartei wandeln zu wollen.

Also hat der Übergang zur Demokratie erst mit dieser Wahl begonnen?

RS: Zumindest der Übergang zur Demokratie unseres Verständnisses. Nicaragua war in den letzten zehn Jahren sehr wohl demokratisch, wenn auch auf eine ganz andere Art, eher im Sinne einer direkten Demokratie, wobei die Kleinheit des Landes eine gewisse Rolle spielt. Immerhin waren rund ein Drittel der Wahlbevölkerung bei der Abschlußkundgebung der Sandinisten in Managua versammelt. Die Teilnahme der Menschen am politischen Leben ist generell um ein Vielfaches höher als bei uns.

Bisher hat die FSLN Nicaragua unumschränkt beherrscht, ohne daß ihr Machtanspruch zu hinterfragen war. Zur gleichen Zeit gab's dieses ausgeprägte unmittelbare Engagement der Leute und Elemente der direkten Demokratie. Ist zu wenig darüber nachgedacht worden, wie dieser Widerspruch angemessen aufgelöst werden kann?

RS: Die formalen Demokratien in Lateinamerika sind in der Praxis oft die blutigsten Diktaturen. Demokratie in Nicaragua wurde demgegenüber nicht von der Form, sondern von der Praxis bestimmt. Nach vierzig Jahren Diktatur mußte den Leuten das militärische Organisations-Modell der Frente nicht erst aufgezwungen werden.

Vorausgesetzt, die Solidaritätsbewegung verfolgt ihre Partnerschaftsprojekte weiter: wird die Zusammenarbeit mit

Der Gedanke der kommunalen Partnerschaft ist mehr als nur in Frage gestellt. Wir haben aber in Darmstadt 50.000 Mark im Haushalt für Projekte in Ciudad Sandino im Haushalt. Wie geht's weiter mit der "kommunalen Partnerschaft"?

TG: Am Gedanken der Basispartnerschaft sollten wir festhalten. Die offizielle Schiene im üblichen Städtepartnerschaftsrahmen ist immer entbehrlich gewesen, es wäre nicht sinnvoll, das jetzt zu betreiben. Oder soll die UNO sich darüber freuen können, daß jetzt auf einmal der Austausch von Partnerschaftsurkunden floriert und sich die Delegationen die Klinke in die Hand geben?

RS: Der Wille zur eigenständigen Entwicklung ist von entscheidender Bedeutung. Wenn Nicaragua jetzt zum Erfüllungsgehilfen der USA-Politik würde, wäre dieser für die Solidaritätsbewegung wesentliche Gesichtspunkt draußen.

Die Strukturen der Solidaritätsbewegung sind aus der Identifikation mit einem Entwicklungsmodell in und für Nicaragua entstanden. Jetzt geht es darum, diese Strukturen quer zu den Strukturen des zu erwartenden Regierungshandelns durchzuhalten, und das in einere Situation, in der bedingt durch die Wahlniederlage die Motivation der Leute, hier bei uns weiterzumachen, geschwächt ist. Die Soli-Bewegung war doch stark fixiert auf die innere Logik der sandinistischen Entwicklung und auf den sie tragenden gesellschaftlichen Konsens in Nicaragua. Da ist doch was aus dem Lot?

TG: Das ist eine echte Nagelprobe. Wenn wir jetzt die Solidaritäts-Arbeit aufgeben, brauchen wir meiner Meinung nach

Ciudad Sandino

- eine Stadt von 70.000 Einwohnern. Genau genommen ist es aber gar keine eigenständige Stadt, sondern ein Vorort von Managua. Die Ansiedlung ist erst zwanzig Jahre alt, entstanden durch Umsiedlungsaktionen nach Überschwemmungen und infolge des großen Erdbebens von 1972, das Managua größtenteils zerstört hat. Der Ort ist nicht natürlich gewachsen, sondern vom Reißbrett geplant und besteht aus neun Zonen. Bis auf die Hauptstraße, übrigens die einzige gepflasterte Straße Ciudad Sandinos, ist das Straßennetz quadratisch angelegt.

Die meisten Häuser und Hütten sind einstöckig, zum Teil aus Steinen, zum Teil aus Abfallmaterial und Holz erbaut. Gebaut wird mit allem, was es gerade gibt, was bezahlbar ist und sich irgendwie eignet - oder mit dem, was sich eben findet. Kanalisation existiert nicht. Statt dessen gibt es Sickergruben und sogenannte Causen - offene Kanäle, bzw. breite Rinnen, in die nicht nur Abwässer und Regenwasser fließen, sondern auch Abfälle gekippt werden. Die Brühe verdunstet, versickert oder fließt in den Managua-See, der ausschließlich durch solche Causen und das Regenwasser gespeist wird und keinen Abfluß hat, - kein Wunder, daß er biologisch so gut wie tot ist.

Öffentliche Verkehrsmittel - die gibt's: zwei Buslinien nach Managua, je vom frühen Morgen bis abends um 22.00 Uhr oder 23.00 Uhr bedient werden; Fahrpläne dagegen gibt's nicht: man wartet eben, bis ein Bus kommt - selten länger

als 15 Minuten. Außerdem verkehren noch "Colectivos", - Lastwagen mit Plane drüber und zwei Bänken auf der Ladefläche.

Ciudad Sandino ist nahezu vollständig elektrifiziert. Ein Stromausfall ab und zu ist kein Grund zur Aufregung. Fließendes Wasser gibt es, wenn auch nicht überall. Am härtesten trifft es die Menschen in der Comarca, in kleinen, außerhalb gelegenen Gehöften, die ihr Wasser mit Ochsenkarren in Tanks holen müssen: mehr als zwei Fahren pro Tag sind aufgrund der Entfernungen und der teilweise sehr schlechten Wege nicht möglich. Neben etlichen Geschäften, die Lebensmittel und Kleidung in unterschiedlichem Umfang und mit wechselnder Angebotspalette führen, gibt es den Mercado, - mehrere Markthallen, in denen das gerade Vorhandene zum Kauf angeboten wird.

Ciudad Sandino hat in jeder Zone ein Puesto, eine Gesundheitsstation: hier werden Impfprogramme durchgeführt, Untersuchungen gemacht, Beratungen angeboten und die medizinische Nachsorge nach einem Krankenhaus-Aufenthalt gewährleistet. Ein gut besuchtes Jugendzentrum und eine nach Georg Büchner benannte Bücherei helfen Freizeit-Bedürfnisse abdecken.

Ein großer Teil des öffentlichen Lebens und des Lebens überhaupt spielt sich auf der Straße ab. Nachbarschaftliche Hilfe ist nicht nur wichtig, sondern wird auch praktiziert. Die Menschen sind offen und freundlich und irgendeinen Grund zum Feiern gibt es sicher immer.

Fortsetzung von Seite 1:

Vom Volksfest zum Volkstrauertag

ausländischen Finanzmittel im Wahlkampf erhalten durften und änderte diese Bestimmung wieder ab, nach massiven Protesten der Opposition. Beschlossen wurde, daß ausländische Geldmittel den Parteien zugewendet werden dürfen, wenn der gleiche Betrag an den Obersten Wahlrat abgeführt wird, um die Durchführung der Wahl zu finanzieren.

Im Oktober wurde an 4 Wochenenden die Einschreibung in die Wählerlisten durchgeführt, bei der sich 1,75 Millionen Wähler registrieren ließen. Ausdrücklich wurden die Contras zu dieser Einschreibung eingeladen. Die Sandinistische Regierung hatte seit Mitte des letzten Jahres einen einseitigen Waffenstillstand durchgeführt, der Monat für Monat verlängert wurde, trotz ständiger Übergriffe der Contras.

Ende des letzten Jahres gab es eine Phase in der der Wahlkampf zu eskalieren drohte. UNO-Anhänger hatten eine Kundgebung ihrer Partei dazu mißbraucht, Häuser von be-

kannten FSLN-Vertretern anzugreifen. Seitdem regierte die Angst und es war dem Eingreifen der Internationalen Wahlbeobachter zu verdanken, daß eine weitere Verschärfung unterblieb.

Vor jeder Veranstaltung einer der Parteien gab es nun Einsatzbesprechungen zwischen den Veranstaltern, der Polizei und den Wahlbeobachtern. In insgesamt 4 Berichten informierten die Wahlbeobachter über den Verlauf des Wahlkampfes. Sie dokumentierten die zunehmende Versachlichung der Auseinandersetzung. Das heißt nicht, daß es nicht weiterhin auch zu einzelnen Gewaltakten gekommen wäre oder zu Verletzungen des Wahlgesetzes, aber keine der Parteien wurde systematisch an der Ausübung ihrer Arbeit gehindert und, sicherlich ein Novum auf dem lateinamerikanischen Kontinent: die meisten Opfer hatte die Regierungspartei zu beklagen, denn die Jagd der Contras auf FSLN-Repräsentanten in den Kriegsgebieten ging unvermindert weiter.

aber in keinem Entwicklungsland der Welt mehr irgendetwas zu tun.

RS: Viele haben den Fehler begangen, die Nicaraguaner mit diesem unbeugsamen Asterix-Völkchen zu verwechseln. Der Umgang der Soli-Leute mit den nicaraguanischen Partnern war ja immer schwierig, weil da zwei Welten aufeinandergetroffen sind, die mit viel gutem Willen, aber auch mit mindestens ebenso viel Unverständnis füreinander zu kooperieren suchten. Möglicherweise haben wir jetzt die Chance, ein ehrlicheres, kooperativeres, auf mehr wechselseitiges Verständnis gegründetes Verhältnis zueinander aufzubauen.

Wenn ich daran zurückdenke, wie wir unsere Gäste aus Ciudad Sandino hier in Darmstadt präsentiert bekamen, verstärkt sich mein Eindruck, daß wir zu den Sandinisten in einer ausgeprägt ritualisierten, kritische Fragen und Konfliktlinien außen vor haltenden Beziehung standen: Wenige machen die konkrete Arbeit,

der Rest ist gläubig. Jetzt, wo manche emotionalen Schienen nicht mehr so ohne weiteres befahrbar sind, wäre womöglich eine Art rationaler Akt vonnöten, der das Engagement rettet und zugleich eine auch in der Kritik gleichberechtigte Partnerschaft einleitet.

TG: Die Sondersituation, aufgrund derer die Soli-Bewegung zustandekam, ist weg: Nicaragua ist eines von mehreren lateinamerikanischen Ländern mit demokratischen Ansätzen. Wir müssen uns fragen, wie wir insgesamt diese Ansätze und das damit verknüpfte Streben nach politischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit mit Aussicht auf Erfolg unterstützen können, - ein viel globaleres Denken ist gefragt, als wir es uns in der revolutionären Traumsituation vorher geleistet haben, die mit viel eigenem Streben nach Freiheit und Abenteuer befrachtet war. Die Nicaraguaner haben das von vornherein sehr viel nüchterner unter ihren Überlebens-Gesichtspunkten gesehen.

Impressum

NACHRICHTEN

Zeitung der Darmstädter GRÜNEN
Redaktion dieser Sonderausgabe:
Trixi Gaertner, Reiner Schöpka,
Michael Will, Heinz J. Zimmer

Redaktionsanschrift:
Grünes Büro
Ludwigshöhstr. 55
Tel.: 61430 und 61490

V.i.S.d.P.: Michael Will
c/o Grünes Büro, Ludwigshöhstr. 55